

Präsident Herr Steinecke:

... - Für die CDU-Fraktion nimmt nun Herr Scharf das Wort. Bitte schön.

Herr Scharf (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am Beginn der neuen Legislaturperiode diskutieren wir die Leitlinien der Landespolitik, auf denen wir uns in den kommenden Jahren bewegen werden. Nach vier für Sachsen-Anhalt erfolgreichen Jahren haben wir guten Grund, vor allem auch auf landespolitische Kontinuitäten zu setzen.

Beim Wirtschaftswachstum liegen wir im Vergleichszeitraum deutschlandweit auf Platz 2. Entgegen dem Bundestrend konnten wir bei der Zahl der in der Industrie Beschäftigten zulegen, vor allen Dingen im Bereich der Hochtechnologie.

Herr Gallert, wir sind nicht mehr das Rote-Laterne-Land; das ist auch bei den Menschen spürbar. Als Sie die Zeit Ihrer Mitbestimmung in der Regierung so gelobt haben, haben Sie mit keinem Wort erwähnt, dass Sie in dieser Zeit Monat für Monat die rote Laterne hatten. Ich denke, das gehört zu Ihrer Bilanz dazu und Sie sollten sie ehrlicherweise auch nennen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben eine effektive Wirtschaftsförderung in Sachsen-Anhalt aufgebaut. Sachsen-Anhalt ist ein familienfreundliches Land. Wir gehen das Problem der Abwanderung und der Überalterung entschlossen an.

Meine Damen und Herren! Unsere Schüler konnten bei Pisa punkten und unsere Hochschulen haben im internationalen Wettbewerb durchaus ihr Profil geschärft. - Diese Aufzählung ließe sich fortsetzen, ich möchte es dabei aber bewenden lassen.

Das Jahr 2002 war ein Jahr des Aufbruchs. Im Jahr 2006 machen wir deutlich: Der Aufschwung geht weiter. Sachsen-Anhalt bleibt auf der Überholspur, meine Damen und Herren!

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage es ganz deutlich: Wir werden alles dafür tun, mit dem neuen Koalitionspartner, der FDP, an die gute und erfolgreiche Regierungsarbeit - -

(Frau Weiß, CDU: SPD!)

- SPD, na klar. Was habe ich gesagt?

(Beifall bei der FDP)

Wir werden alles dafür tun, dass wir mit der SPD erfolgreich an die vorherige gute Regierungsarbeit, die wir mit der FDP hatten, anknüpfen.

(Beifall bei der FDP)

Ich will Herrn Professor Paqué ganz deutlich sagen: Wenn Sie die Wählerinnen und Wähler mit Ihren Visionen im Wahlkampf hätten überzeugen können, hätten Sie vielleicht ein paar mehr Bänke besetzen können. Aber das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Wir stehen in diesem Haus für eine ehrliche und faire Zusammenarbeit in einer funktionierenden Koalition mit der SPD

(Zuruf von Herrn Kley, FDP)

und das werden wir in den nächsten fünf Jahren hier erleben, meine Damen und Herren.

Wir haben aber in Deutschland und wohl darüber hinaus ein wirklich ungelöstes Problem: Wie gestalten wir eine wirtschaftlich effektive Gesellschaft, die zugleich ein zukunftsfähiger Sozialstaat ist und sich besonders der Chancengerechtigkeit, der Teilhabegerechtigkeit und der Generationengerechtigkeit verpflichtet weiß? Die scheinbar einfachen Antworten sind meist die falschen Antworten und die primitiven Antworten gar spielen den Extremisten in die Hände.

Aber, meine Damen und Herren, die Völker und so auch die Menschen in Deutschland wollen in ihrer Mehrzahl eine Gesellschaft, in der Solidarität etwas zählt. Sie wollen keine Ellenbogengesellschaft. Jean-Claude Juncker hat uns bei der Verleihung des diesjährigen Karlspreises eindringlich gemahnt, man könne Europa nicht gegen die Bedürfnisse der Arbeitnehmer zum Erfolg führen. Ich zitiere:

„Wenn wir es nicht schaffen, in den nächsten zehn Jahren aus dieser höchst erfolgreichen wirtschaftspolitischen Konstruktion Europa auch eine sozialpolitisch erfolgreiche Europäische Union zu machen, inklusive die Massenarbeitslosigkeit in Europa abzubauen, dann wird Europa scheitern.“

Und weiter:

„Wenn wir gerne hätten, dass Europa nicht auf der Strecke bleibt, dann müssen wir die europäischen Arbeitnehmer via einem Mindestsockel an europaweit gültigen minimalen Arbeitnehmerrechten wieder für die Europäische Union begeistern.“

Der Markt, so Juncker, produziere keine Solidarität, weder unter den Menschen noch unter den Völkern.

Die Menschen, meine Damen und Herren, verlangen von uns zu Recht eine Antwort auf die Frage, was gerecht ist. Wir können uns nicht mit der Antwort des Nobelpreisträgers Milton Friedman herausreden, der am Ende seines Lebens bezüglich dieser Frage resümierte, dass es auf diese Frage wohl keine Antwort gebe.

Freilich, es gibt nur eine jeweils kontextgebundene Antwort, und die öffentliche Debatte ist wieder von dem scheinbaren Gegensatz zwischen ökonomischer Kompetenz und sozialer Verantwortung geprägt, wie das nur in den großen Kampfzeiten zwischen Rechts und Links in den letzten Jahren üblich war. Aber dies sind oft falsche Alternativen.

Christdemokraten wissen, dass sie kein Himmelreich auf Erden schaffen können und auch nicht zu schaffen brauchen. Aber Gerechtigkeit ist ein Leitwort jeder christlichen Soziallehre und wird auch in den nächsten fünf Jahren unsere politische Richtung bestimmen, meine Damen und Herren.

Gerechtigkeit muss Antrieb und beständige Orientierung unserer Politik bleiben. Arbeitnehmergerechtigkeit, Chancengerechtigkeit in der Bildung, gerechtes Sparen - das können Elemente eines politischen Leitbildes sein, an dem wir uns orientieren können. Aber nicht nur wir im Landtag oder in der Regierung brauchen Orientierung über den Tag hinaus, sondern auch die Gesellschaft. Wer dieses Land voranbringen will, der muss den Menschen einen Weg aufzeigen, den sie mitgehen können und darüber hinaus aktiv unterstützen.

Der Titel der heutigen Regierungserklärung zeigt die Richtung auf, die wir in der Koalition und mit den Menschen in Sachsen-Anhalt in den nächsten Jahren gehen wollen, meine Damen und Herren. Das Einfordern von Leistung von jedem Einzelnen und die innergesellschaftliche, politisch gestützte Solidarität müssen eine gleichrangige Verbindung miteinander eingehen.

Zu diesem Sinnstiftungsprozess gehört es, deutlich zu machen, warum wir sparen müssen und wo wir Prioritäten setzen. Sparen, meine Damen und Herren, ist kein Selbstzweck. In der Finanzpolitik entscheidet sich, ob wir die Generationengerechtigkeit wirklich ernst nehmen, Herr Gallert. Es ist eine moderne Askese notwendig, eine freiwillige Beschränkung unserer Generation, um die Chancen und Rechte unserer Nachkommen zu wahren. Deshalb kann und darf es keine Abstriche an dem zwischen CDU und SPD einmütig vereinbarten Konsens in der Finanzpolitik geben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das haben Sie zu Anfang der letzten Legislaturperiode auch gesagt!)

- Weil die CDU auch damals schon in der Regierungsverantwortung stand, meine Damen und Herren.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Da ist es auch nicht passiert!)

Bis spätestens zum Jahr 2011 wollen wir die Neuverschuldung auf null absenken. Ab 2012 soll die Landesschuld, heute bei insgesamt rund 19,4 Milliarden € angelangt, mit einer Tilgungsrate von 200 Millionen € jährlich abgebaut werden.

Hinter diesen nüchternen Zahlen verbirgt sich eine gewaltige Aufgabe. Ich erinnere daran, dass im Haushaltsplan für 2006 immerhin noch eine Neuverschuldung von 783 Millionen € vorgesehen ist. Ich sage es ganz deutlich:
Der Finanzminister hat bei dieser schwierigen Auf-

gabe die volle Unterstützung der CDU-Fraktion. Wir können diesen Weg nur gemeinsam gehen und wir werden ihn gemeinsam erfolgreich gehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und von der Regierungsbank)

Was diesem Land in den kommenden fünf Jahren finanzpolitisch erspart bleibt, zeigt eine Auswertung der Pressemitteilungen der Fraktion der Linkspartei.PDS nur vom vergangenen Monat:

Am 3. Mai 2006 verlangt die Fraktion der Linkspartei.PDS ein Zurück zum alten KiBeG mit Mehrausgaben von mehr als 25 Millionen € jährlich. Am 5. Mai 2006 werden zusätzlich 30 Millionen € pro Jahr für die Hochschulen gefordert. Am 17. Mai 2006 folgt die Forderung nach zusätzlichen Ärzten in den Krankenhäusern. Am 20. Mai 2006 verlangt man, Bund und Länder sollten auf die Mehreinnahmen infolge der Mehrwertsteuererhöhung in Höhe von rund 18 Milliarden € verzichten.

(Zuruf von Herrn Tullner, CDU)

Am 21. Mai 2005 will man darüber hinaus die Mehrwertsteuer auf die Medikamente abschaffen.

(Herr Tullner, CDU: „Wünsch dir was“ bei der Linkspartei.PDS!)

Meine Damen und Herren, das ist „Wünsch dir was“.

(Beifall bei der CDU - Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Nein! Wir haben Mehreinnahmen von 64 Milliarden €!)

Meine Damen und Herren! Ich habe nur die Pressemitteilungen aus dem letzten Monat analysiert. Ich habe keinen einzigen substanziellen Vorschlag auf die Frage gefunden, wo wir als Land Sachsen-Anhalt in dem laufenden Jahr und in den kommenden Jahren wirklich existenziell sparen können, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei der Linkspartei.PDS - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Es ist zu Recht angesprochen worden, dass die Bildungspolitik eine Schlüsselfrage auch in den nächsten Jahren darstellen wird. Nach der Auffassung der CDU ist die Bildungspolitik der letzten Jahre in Sachsen-Anhalt durchaus eine Erfolgsgeschichte.

(Beifall bei der CDU)

Im letzten Kindergartenjahr beginnt die gezielte Vorbereitung auf die Schule. Mehr als 60 neue Schulen in freier Trägerschaft beleben den Wettbewerb um das beste schulfachliche Konzept. Vom kommenden Schuljahr an können die Abiturprüfungen wieder nach zwölf Schuljahren abgelegt werden. - Herr Gallert, was haben Sie in den vergangenen Jahren für dieses Ziel getan? Was war Ihre Bilanz in dieser Frage? Wie hören Sie auf die Menschen?

(Beifall bei der CDU - Herr Stahlknecht, CDU: Gar nicht!)

Vor allem, meine Damen und Herren, sind unsere Schulen im nationalen und internationalen Vergleich besser geworden, weil wir den Leistungsgedanken ernst nehmen. Unsere Schüler wollen gefordert werden; sie haben ein positives Verhältnis zur Leistung.

(Zuruf von Frau Bull, Linkspartei.PDS)

Von ihren Fähigkeiten und von ihrem Wissen hängt die Zukunft unseres Landes ab.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Die schlechteste soziale Chancengerechtigkeit!)

- Ich komme darauf noch zurück, Herr Gallert. - Sie können daher von uns erwarten, dass wir den Schülerinnen und Schülern eine optimale Ausbildung anbieten werden.

Ein wichtiges Stichwort für die Schulpolitik der kommenden Jahre ist sicherlich die Chancengerechtigkeit. Wir haben in Sachsen-Anhalt kaum Migranten, die es zu integrieren gilt. Aber wir stellen fest, dass es auch unter den deutschen Schülern viele gibt, die entweder keine vernünftige Einstellung zum Lernen, zur Disziplin oder zur Leistung finden oder die schlichtweg nicht mitkommen. Sachsen-Anhalt hat die höchste Quote von Schulabgängern ohne Abschluss. Diese Quote wird inzwischen niedriger, aber trotzdem gilt: Jeder junge Mensch, der keinen Schulabschluss schafft, ist einer zu viel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und von der Regierungsbank - Zuruf von Frau Dr. Klein, Linkspartei.PDS)

In der Koalition teilen wir die Sorge, dass es diesen jungen Menschen in Zukunft noch schwerer fallen wird, eine berufliche Perspektive zu finden. Die Koalitionäre verfolgen aber bisher unterschiedliche Lösungsansätze in dieser Frage. Vor allem hinsichtlich der Länge des gemeinsamen Lernens scheiden sich die Geister. Die CDU-Fraktion steht dafür, das schulpolitische Erfolgsrezept der vergangenen Jahre fortzusetzen. Das heißt verbindliche Schullaufbahnempfehlungen nach vier Jahren gemeinsamer Grundschulzeit,

(Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Eignungsprüfungen für diejenigen, die mit einer Schullaufbahnempfehlung nicht einverstanden sind, ab der 5. Klasse Differenzierung in Gymnasium und Sekundarschule mit Haupt- und Realschulzweig. Die unterschiedlichen Schulformen haben klare, eigenständige Profile.

Meine Damen und Herren! Es geht nicht um eine Bildungshierarchie, sondern um eine möglichst individuelle Förderung in der jeweils geeigneten Schulform. Aber je mehr wir die Schulformen so weiterentwickeln, dass sie füreinander tatsächlich durchlässig sind, desto mehr wird die Strukturdebatte um die Einheitsschule abebben. Das ist jedenfalls meine Überzeugung, meine Damen und Herren.

So können wir allen Schülern optimale Entwicklungschancen bieten. Kurz: Wir müssen sicherstellen, dass der Weg zu einem Abitur nach zwölf Jahren auch für Spätentwickler offen bleibt.

Wir nehmen die Herausforderung der SPD an, meine Damen und Herren, in einem Bildungskonvent um das beste Konzept zu ringen. Zwei Themen sind mir dabei besonders wichtig, erstens die Frage: Wie können wir durch die frühkindliche Bildung und Erziehung mehr Chancengerechtigkeit erreichen?

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Mit unterschiedlichem Rechtsanspruch?)

Wir wissen dank der Pisa-Studie, dass der familiäre Hintergrund des einzelnen Schülers einer der wichtigsten Faktoren ist, der die schulischen Leistungen mitbestimmt.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ach so!)

- Ja, das wissen wir.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Warum handeln Sie dann nicht?)

Ich habe zum Beispiel hier inhaltlich, aber nicht wörtlich Hans Zehetmair zitiert. Der ist vollkommen unverdächtig bei einem solchen Zitat.

Die OECD fordert daher, diesen Problemkreis zum Top-Thema der deutschen Bildungspolitik zu machen.

Das zweite wichtige Thema für den Bildungskonvent lautet: Was müssen Schulabgänger können?

Die Kultusministerkonferenz hat für den Sekundarbereich I, den Haupt- und Realschulabschluss, in den Jahren 2003 und 2004 bereits Bildungsstandards definiert. Dies ersetzt jedoch nicht die Verständigung mit der Arbeitswelt darüber, was Schule wirklich leisten muss. Nach den umfangreichen Reformen in den vergangenen vier Jahren brauchen die Schulen jetzt Ruhe, um inhaltliche Veränderungen umzusetzen. Das ist auch in der Koalitionsvereinbarung hinreichend deutlich dokumentiert worden.

Aber wir werden uns den Erkenntnissen des Bildungskonventes nicht verschließen. Klar ist jedoch auch, dass es aus dem genannten Grund grundlegende Strukturveränderungen in dieser Legislaturperiode nicht geben wird. Aber der Diskurs über Bildung in Sachsen-Anhalt und in Deutschland ist notwendig. Diesem werden wir uns stellen. Wir werden auch - so hoffe ich - mit der SPD gemeinsame Erkenntnisse aus diesem Konvent gewinnen und entwickeln, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Das Ziel der EU, zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu werden, bleibt auch unser Ziel in Sachsen-Anhalt. Es verpflichtet uns zu außerordentlichen Anstrengungen in den Bereichen Bildung und Forschung. In den vergangenen vier Jahren hat Sachsen-Anhalt Maßnahmen zur Forschung und Entwicklung im Umfang von rund 153 Millionen € gefördert.

Dennoch haben wir insbesondere im Bereich der anwendungsorientierten Forschung im Vergleich zu vielen anderen Regionen in der EU nach wie vor erheblichen Nachholbedarf. Die Industrieforschung in den neuen Ländern hat sich von ihren enormen Kapazitätsverlusten nach der Wende bis heute nicht erholt. Im Jahr 2004 wurden nur 4,1 % des gesamten Mitteleinsatzes deutscher Unternehmen für Forschung und Entwicklung von ostdeutschen Unternehmen getätigt. Lediglich rund ein Zehntel aller in Forschung und Entwicklung Beschäftigten in Ostdeutschland arbeiten in Sachsen-Anhalt.

Vor diesem Hintergrund sendet der Koalitionsvertrag deutliche Signale zur Stärkung der Industrieforschung aus, meine Damen und Herren. Wir müssen die Kräfte bündeln. Ich hoffe, dass wir mit der organisatorischen und konzentrativen Bündelung der anwendungsorientierten Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsförderung im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit auf diesem Gebiet auch auf der exekutiven Seite vorankommen.

Meine Damen und Herren! Ich komme zu einem anderen wichtigen Thema. Die meisten Mitglieder der CDU-Fraktion verfügen über eine große kommunalpolitische Erfahrung, ob als Bürgermeister, als Beigeordneter, als Stadt- oder als Gemeinderat oder als Kreistagsmitglied. Wir in der CDU-Fraktion wissen daher, dass Leistungsfähigkeit auf der einen und die Einheitlichkeit der Kom-

munalstrukturen auf der anderen Seite nicht automatisch und unmittelbar in einem engen Zusammenhang zueinander stehen. Es gibt kleine Gemeinden, die sehr effizient organisiert sind und seit der Wende aus eigener Kraft viel erreicht haben. Es gibt größere Gemeinden, die aufgrund einer erdrückenden Schuldenlast mittlerweile kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten haben.

Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, muss der Innenminister jetzt vor Ort Überzeugungsarbeit leisten. Er muss über Land fahren und erklären, worin die Vorteile einer einheitlichen Gemeindestruktur, wie wir sie im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben, bestehen. Wir müssen die Überzeugungsarbeit vor Ort leisten, meine Damen und Herren.

Ohne eine offen geführte Leitbilddiskussion, die die Kommunalpolitiker vor Ort und die kommunalen Spitzenverbände mitnimmt, werden wir auch die kommunale Familie auf dem Weg unseres Koalitionsvertrages nicht mitnehmen. Deshalb müssen die Kommunen und die kommunalen Spitzenverbände ganz eng in die Leitbilddebatte eingebunden werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Umso wichtiger ist es, dass alle bisher selbständigen Gemeinden die freiwillige Phase auf der Basis des zu erstellenden Leitbildes für intensive Gespräche nutzen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang gern daran, dass für die Größe von Einheitsgemeinden heute bereits niedrigere Mindestgrößen gelten als für die Verwaltungsgemeinschaften. Das heißt, auch schon in den letzten Jahren haben wir eine gewisse Priorisierung in unserem Leitbild dargestellt und versucht. Aber der Erfolg war nicht so vielversprechend, wie wir uns das gedacht hatten. Aber Anreize für freiwillige Zusammenschlüsse hat es durchaus schon gegeben.

Aber wir müssen uns methodisch auch über eines im Klaren sein: Der Beginn der Diskussion kann naturgemäß noch nicht das zu erarbeitende Leitbild selbst vorwegnehmen. Der Zeitrahmen der Leitbilddiskussion ergibt sich aus der Natur und der zeitlichen Abfolge der zu entscheidenden Detailfragen. Eine entsprechende Liste mit den abzuarbeitenden Detailfragen wird zurzeit im Arbeitskreis für Inneres der CDU-Landtagsfraktion erarbeitet. Ich vermute, dass im Hause des Innenministers ähnlich vorgegangen wird. Die freiwillige Phase, meine Damen und Herren - -

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Folgt man der Koalitionsvereinbarung!)

- Sie haben wahrscheinlich doch nicht so viel Regierungserfahrung, um zu wissen, dass Fraktionen und Regierung durchaus eigenständige Gebilde sind.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ich habe acht Jahre lang mehr daran zu tun gehabt als Sie! - Lachen bei der CDU)

- Ach, Herrgott.

Meine Damen und Herren! Die freiwillige Phase ist keine voraussetzungslose Phase. Mit der Fortentwicklung der Verwaltungsgemeinschaften in der letzten Legislaturperiode sind vielerorts Strukturen entstanden, auf die sinnvollerweise aufzubauen ist, um nicht durch unbedachtes Handeln Ressourcen wie vorhandene Computertechnik, Programme oder gar Liegenschaften zu entwerten. Dies alles muss jetzt bedacht werden.

(Beifall bei der CDU)

Am Ende, meine Damen und Herren, nicht am Anfang der freiwilligen Phase werden wir die gewonnenen Erkenntnisse auswerten und daraus gegebenenfalls Schlussfolgerungen für ein zu schaffendes Gesetz ableiten. Insofern können wir heute - das brauchen wir auch gar nicht - dieses Gesetz in der öffentlichen Diskussion noch nicht vorwegnehmen.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von Herrn Gallert, Linkspartei.PDS)

Wir wollen uns jetzt gemeinsam mit der SPD auf den Weg machen. Ich will deutlich in Richtung SPD sagen: Die Koalition zwischen CDU und SPD steht. Sie steht auch in dieser Frage. Wir werden auf dem gemeinsamen Weg genügend gute Erfahrungen sammeln, sodass wir diese schwierige Arbeit gemeinsam leisten werden, meine Damen und Herren.

(Herr Wolpert, FDP: Märchenstunde!)

- Wer hat da „Märchenstunde“ gesagt?

(Heiterkeit bei allen Fraktionen - Herr Wolpert, FDP, meldet sich)

- Es gibt Kopfnoten.

Ich will noch kurz auf die heute entflammte Extremismuskussion eingehen. Jeder, der auch dem Landtag der letzten Legislaturperiode angehört hat, wird sich gut daran erinnern, dass es hier ein Stück weit die gemeinsame Selbstverpflichtung gab, uns in der Extremismuskussion nicht gegenseitig vorzuführen

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Das hätten wir machen sollen!)

und auch dieses Thema nicht zu instrumentalisieren.

(Herr Gallert, Linkspartei.PDS: Ja, genau!)

Nun hat der Erfolg immer viele Väter. Aber wir können uns alle wirklich freuen, dass die Extremisten nicht Einzug in diesen Landtag gehalten haben.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Vielleicht ist es wirklich so, dass keine der jetzt im Landtag vertretenen Parteien der Versuchung zur Instrumentalisierung dieser Frage im Wahlkampf erlegen ist und die Extremisten daraus keinen Honig saugen konnten.

Ich denke, wir sollten auch weiterhin mit Ruhe, Besonnenheit und großer Sachlichkeit über die Fragen des Umgangs mit Fremdenfeindlichkeit und Extremisten in diesem Landtag beraten, um Extremisten keine Chance zu geben, aus dieser Diskussion in den nächsten Jahren Honig zu saugen. Deshalb bin ich sehr dafür, dass wir die guten Erfahrungen, die wir mit dem Netzwerk für Demokratie und Toleranz gesammelt haben, in den nächsten Jahren weiter ausbauen und diesen Weg ruhigen Schrittes, aber konsequent weiter fortführen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Ich will am Ende meines Beitrags - Herr Gallert hatte Angst, ich rede zu lange, aber das habe ich nicht vor - noch auf eine mir wichtige Frage eingehen. Das ist die Frage der Gedenkstättenarbeit im Land Sachsen-Anhalt und des Umgangs mit unserer eigenen zu verantwortenden Vergangenheit. Auch diese Arbeit liegt administrativ verantwortet im Bereich des Innenministers.

Im Koalitionsvertrag haben wir uns unter diesem Stichwort dazu verpflichtet, die schweren Menschenrechts-

verletzungen in der DDR darzustellen und hierüber Kenntnisse zu verbreiten. Das setzt nach meinem Verständnis ein Bekenntnis zur weiteren Aufarbeitung der DDR-Geschichte voraus. Ich darf daran erinnern, dass das Land die Aufarbeitung gesetzgeberisch, institutionell und auch finanziell fördert. Das gilt insbesondere für die Arbeit des Beauftragten für die Stasi-Unterlagen und für die Arbeit der Opferverbände.

Meine Damen und Herren! Ich will ganz deutlich sagen: Für eine öffentliche Schlussstrichdebatte habe ich kein Verständnis.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Wir dürfen das andauernde Leid Tausender Opfer, die ein Recht darauf haben, Antworten auf ihre Fragen zu bekommen, nicht ignorieren oder relativieren. Wer die DDR-Vergangenheit auf sich beruhen lassen will, steht auch einer Erinnerungskultur entgegen, die, wie es Marianne Birthler formuliert hat, nicht nur wissen, sondern auch begreifen will.

Eine solche Erinnerungskultur kann nicht politisch verordnet, sie kann nur Stück für Stück vorgelebt werden. Sie braucht Vorbilder, meine Damen und Herren. Wie steht es um unser eigenes Verhältnis zur DDR-Vergangenheit? Werden wir als Abgeordnete oder Minister unserer Vorbildrolle auch wirklich gerecht?

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, will ich einen kleinen Ausflug in die Geschichte machen und an die Stuttgarter Schulderklärung aus dem Jahr 1945 erinnern: Im Herbst 1945 hat der Rat der Evangelischen Kirchen in Deutschland nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sein eigenes Schuldbekenntnis formuliert. Ich zitiere:

„Wir“

- das heißt die EKD -

„klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Bezogen auf die DDR-Zeit als zweite deutsche Diktatur im 20. Jahrhundert kann ich dieses Bekenntnis auch für meine Person bekräftigen. Als Grundhaltung halte ich es auch für diejenigen für angemessen, die damals schon mit wachem Bewusstsein und mit geschärften Sinnen in der DDR gelebt haben bzw. hier Verantwortung trugen.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist die CDU-Fraktion dafür, dass wir auch in dieser Legislaturperiode eine Überprüfung der Mitglieder des Landtages auf eine eventuelle Mitarbeit in der Staatssicherheit oder den Nachfolgeorganisationen organisieren sollten,

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Frau Budde, SPD)

auch wenn die Überprüfung im öffentlichen Dienst nach bisheriger Rechtslage zum Jahresende auslaufen wird.

Meine Damen und Herren! Wir tragen eine große Verantwortung für dieses Land. Der Koalitionsvertrag trägt die Überschrift „Sachsen-Anhalt - Land mit Zukunft“. Machen wir uns jetzt an die Arbeit! - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der SPD und von der Regierungsbank)